Eingabe der Genfer Frauen an den kirchlichen Verfassungsrat

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **- (1908)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-325601

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

beschäftigt. Wir finden ebenso wie auf allen anderen Gebieten auch in der Heimarbeit, dass die Frauen niedrigere Löhne erhalten. Und doch erfordern die von Frauen angefertigten Gegenstände oft ebenso viel Geschick und Tüchtigkeit, wie es u. a. die Posamentenherstellung deutlich beweist. Sie wurde vor 25 Jahren aus Frankreich in das Rhein-Maingebiet eingeführt und erfordert grosse Kunstfertigkeit. Die als Besatz eleganter Kleider und Hüte dienenden Posamente (die durch Häckelarbeit hergestellt werden) sind geradezu künstlerisch, und trotzdem bekommt eine Arbeiterin nicht mehr als 10 Pf.; sehr geschickte Arbeiterinnen bringen es auf einen Stundenverdienst von 15 Pf. Noch viel niedriger sind die Löhne in der Filetbranche, die in einigen Taunusdörfern zu Hause ist. Dort findet der Verkehr der Arbeiterinnen mit den Geschäften ausschliesslich durch „Zwischenmeister“ statt, die für ihre Vermittlung oft das Doppelte des den Arbeiterinnen gewährten Verdienstes einstreichen. Nur dadurch ist es erklärlich, dass sich Stundenlöhne von 7 Pf., ja noch weniger finden. Immerhin ist es begreiflich zu einer Zeit, in der bessere Filetarbeiten nicht verlangt und nur Kopftücher, Häubchen oder Klickernetze angefertigt wurden. Jetzt aber, wo seit einigen Jahren „Filethandschuhe“ Mode geworden sind, wo nach Filetcarreaux zum Besticken grosse Nachfrage ist, sollte man annehmen, dass für diese Qualitätsarbeiten auch bessere Löhne gezahlt würden. Aber davon war nicht die Rede. Jetzt, wo durch die Ausstellung diese Verhältnisse ans Licht gezogen worden sind, bemühen sich einige philantropisch denkende Frauen, hier Wandel zu schaffen. Immerhin ist es fraglich, ob es gelingen kann, auf die Dauer hier eine gut bezahlte Hausindustrie einzuführen, denn wenn die Mode keine Filetarbeiten mehr verlangt, werden auch sofort die Löhne wieder auf ein Minimum sinken. Und den Bewohnerinnen abgelegener Gebirgsdörfer fehlt es an der notwendigen Initiative, um dann schleunigst „umzusatteln“. So ergibt sich bei näherer Prüfung, dass ebenso wie hier noch auf gar manchen anderen Gebieten die Heimarbeit mit Faktoren zu rechnen hat, die bei der Fabrikarbeit nicht in Betracht kommen. Reformen müssen hier von den verschiedensten Seiten einsetzen, wenn überhaupt eine Besserung erzielt werden soll. Jedenfalls aber ist es durchaus notwendig, dass etwas geschieht, denn die Ausbeutung der unerfahrenen und oft ungelernten Arbeiter ist gross. Es werden darum Organisation, Fach- und Fortbildungsschulen, eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit verlangt.

Natürlich ist es nicht möglich, in einem kurzen Überblick auf alle Industrien, die auf der Ausstellung vertreten sind, näher einzugehen. Im grossen ganzen zeigen ja auch alle das gleiche Bild. Qualitätsarbeit wird durchschnittlich besser bezahlt als ungelernte; Männerarbeit besser als Frauenarbeit. Und wenn auch in dem Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiete keine so erschreckend traurigen Zustände herrschen wie in manchen anderen Teilen des deutschen Reiches, und wenn auch die Ausstellung mehr einen wissenschaftlichen Charakter trägt, so ist doch leicht zu erkennen, dass die Hausindustrie allerorten einer gründlichen Reform bedarf. Nebenbei aber ist für jeden Gelegenheit geboten, der Wahrheit entsprechende Eindrücke zu gewinnen, und nicht länger darf man sich der Einsicht verschliessen, dass wir alle und nicht zum wenigsten die Frauen mit schuld daran sind, dass ein grosser Teil des Volkes unter Bedingungen lebt, die in unserem wohlgeordneten Staatsleben, in unserem humanen Zeitalter nicht möglich sein sollten.

Frankfurt a/M. Marie Pfungst.

Eingabe der Genfer Frauen an den kirchlichen Verfassungsrat.

In Genf wird zur Zeit über eine neue Kirchenverfassung, die infolge der Annahme des Trennungsgesetzes nötig geworden, beraten, und die Frauen benützen diese Gelegenheit, ihrem Wunsche nach Einführung des Frauenstimmrechts durch Versammlungen und in folgender Eingabe Ausdruck zu geben. Hoffen wir, dass ihre Bestrebungen von Erfolg begleitet sein werden!

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Im Namen der am 15. Mai 1908 im Salle Centrale versammelten protestantischen Frauen möchten wir Ihnen unser festes Vertrauen ausdrücken, dass Sie in der Verfassung der Nationalkirche das Prinzip des Frauenstimmrechts aufrecht erhalten werden, das von der Kommission der „Neunzehn“ in den Entwurf, der Ihnen zur Beratung vorliegt, aufgenommen worden ist.

Dieser Wunsch ist nicht neu, schon seit einiger Zeit ist er vielfach geäussert worden: 1901 hatten 2398 Genferinnen ihn in einer Eingabe an den Kirchenrat ausgesprochen, die dieser in empfehlendem Sinne an den Staatsrat weiter leitete. Wir sind versichert, viele unter Ihnen wünschen ihn ebenfalls verwirklicht zu sehen.

Wenn wir bisher uns enthalten haben, unserm Wunsch neuerdings öffentlich Ausdruck zu geben, so geschah es, weil wir den günstigen Augenblick abwarten wollten, da die Vertreter des protestantischen Genfervolkes sich ans Werk machten, die Grundlagen der kirchlichen Verfassung festzulegen. Heute, da eine religiöse Ceremonie Ihre Arbeit geweiht hat, haben wir die frohe Zuversicht, dass Sie, geehrte Herren, die Kirche von Genf nicht auf Grundlagen aufbauen wollen, die den aktuellen Bestrebungen nicht mehr angepasst sind.

Wenn Sie den Frauen ihren Pflichten entsprechend auch Rechte geben, erheben Sie sie zu der Würde verantwortlicher Glieder der Kirche, der sie mehr als je mit Hingebung und aus allen Kräften zu dienen wünschen.

Es handelt sich also ebenso sehr um einen notwendigen Fortschritt als um eine Tat der Gerechtigkeit. Die Stunde ist günstig. Sie, hochgeehrte Herren, denen die Aufgabe zufällt, die Geschicke unserer zukünftigen Kirche vorzubereiten, werden geneigt sein, dieses Prinzip anzuerkennen, diesen Fortschritt zu verwirklichen und einer grossen Zahl Ihrer Schwestern den schmerzlichen Konflikt zu ersparen, der ihre Gewissen beunruhigen würde, wenn in diesem Punkte die alte Ordnung aufrecht erhalten bliebe.

Schweizerischer Verband für Frauenstimmrecht.

Am 12. Mai kamen eine Anzahl Delegierte der bestehenden Frauenstimmrechtsvereine in Bern zusammen, um sich über die Gründung eines Nationalverbandes und den Anschluss an den Weltenbund für Frauenstimmrecht zu beraten. Die Anregung war vom genferischen Frauenstimmrechtsverein ausgegangen und Veranlassung hatte der bevorstehende internationale Stimmrechtskongress in Amsterdam gegeben. Der Wunsch war laut geworden, die Schweiz möchte daran offiziell vertreten sein, was nur möglich ist, wenn — in Ermanglung eines Nationalverbandes — die bestehenden Vereine aus ihrer Mitte ein Komitee von sechs Mitgliedern bestellen, das die Schweiz nach aussen vertritt. Man scheint in der Westschweiz das Bedürfnis nach internationalem Anschluss viel lebhafter zu empfinden, als wir in der deutschen Schweiz, die wir ihnen eher kühl und skeptisch gegenüber